

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Zukunft unserer Region
- 0 Widerruf
- 0 Besitzstörungsklage
- 0 Eurofighter

Überschuss auf Kosten der Bevölkerung

Warum die KPÖ den Rechnungsabschluss 2011 ablehnt

Der Rechnungsabschluss des Knittelfelder Gemeindebudgets 2011

Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen: 29.554.255,66 Euro
Ausgaben: 28.718.703,97 Euro
Überschuss: 835.551,69 Euro

Außerordentlicher Haushalt:

Einnahmen: 3.896.430,63 Euro
Ausgaben: 4.507.844,61 Euro
Abgang: 611.413,98 Euro*

*Der Abgang des außerordentlichen Haushaltes ist durch Einnahmen, die der Gemeinde zustehen, aber am Ende des Rechnungsjahres noch nicht eingetroffen sind gedeckt.

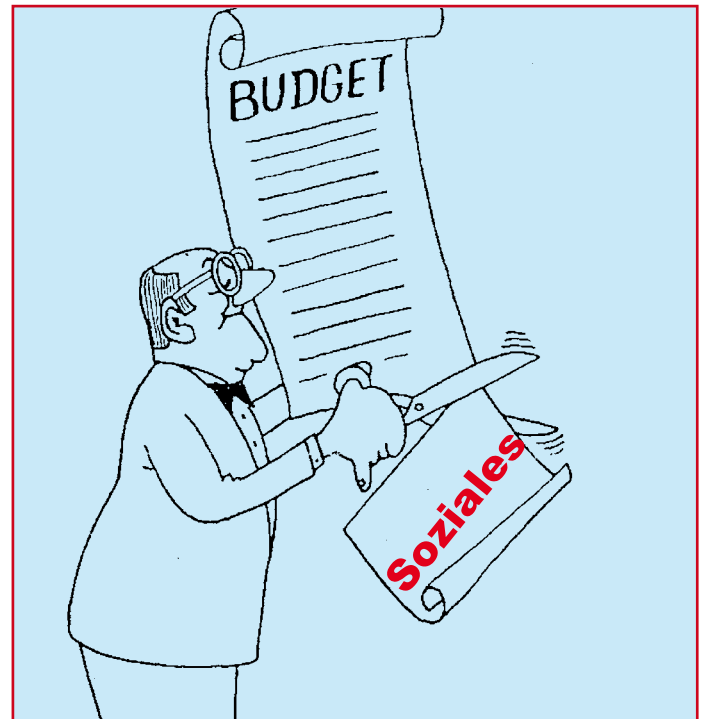
Es gibt einen Überschuss im ordentlichen Haushalt. Das wird von der SPÖ und allen anderen Parteien als großer Erfolg gewertet. Für die KPÖ ist aber wesentlich, warum es zu diesem Überschuss gekommen ist. Beleuchtet man die Hintergründe, so stößt man bald auf Kürzungen, Gebührenerhöhungen, Personalabbau und die Rücknahme von Leistungen.

Damit sind wir nicht einverstanden und deshalb hat die KPÖ schon das Budget 2011 abgelehnt. Es ist nur konsequent, dass wir nun auch den Rechnungsabschluss dieses Jahres ablehnen. Zumal sich ja die Gründe für unsere Ablehnung im Rechnungswerk voll bestätigt haben.

Einige Beispiele:

Das Ende des Gratiskindergartens findet sich Rechnungsabschluss dadurch wieder, dass nun Elternbeiträge eingehoben werden. Die **Musikschulbeiträge** wurden erhöht. Im Rechnungsabschluss gibt es nun rund 15.500 Euro an Mehreinnahmen. Gut für die Zahlen des Rechnungsabschlusses, aber schlecht für die Eltern, deren Kinder die Musikschule besuchen.

Die Erhöhung des Preises für das **City-Taxi** hat zu einem deutlichen Rückgang beim Gutscheiverkauf geführt. Der Abgang beim City-Taxi hat sich dadurch um rund 80.000 Euro verringert. Gut für den Rechnungsabschluss, aber schlecht für die Menschen, für die diese Sozialleistung früher noch erschwinglich war.



Oder die **Kürzung des Schulstartgeldes** für Volksschulen, das bringt um 3.000 Euro weniger an Ausgaben. Gut für den Rechnungsabschluss - schlecht für die Eltern und ihre Kinder. In sehr vielen Bereichen, wie bei den Kindergärten oder Schulen, gibt es gegenüber dem Voranschlag **Kürzungen** bei der Instandhaltung, den Anschaffungen oder der Betriebsausstattung.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻

Nachdem diese Ausgaben im Budget ja sicherlich nicht ohne Grund veranschlagt wurden, gehen diese Kürzungen auch auf Kosten der Substanz. Bei den Kulturveranstaltungen gab es gegenüber dem Voranschlag Kürzungen von rund 25.000 Euro, bei den Sportvereinen Kürzungen von rund 20.000 Euro. Wir meinen Kunst, Kultur, das Leben der Vereine, das alles ist sehr wichtig für die Lebensqualität einer Gemeinde.

Dramatisch ist die Entwicklung bei den Beschäftigten der Gemeinde. Durch Rationalisierungen und Ausgliederungen ging die Anzahl der Dienstposten gegenüber dem Voranschlag um 17 Posten zurück. 15 dieser Dienstposten betreffen Beschäftigte in der untersten Entlohnungsgruppe. Die Verdrängung der Reinigungskräfte im Schulzentrum durch eine private Reinigungsfirma, oder die Neuanstellungen, die über den Abfallwirtschaftsverband und nicht mehr über die Gemeinde erfolgen, tun ihre Wirkung.

Die öffentliche Hand als Lohndrücker

Es ist bekannt, dass Reinigungsfirmen extrem niedrige Löhne bezahlen. Ein zweites Beispiel: Das Grundgehalt bei einer Neuanstellung im Abfallwirtschaftsverband beträgt 1.321,72 Euro, bei einer Anstellung als Gemeindebediensteter wären es 1.497,60 Euro gewesen. **Das ist ein Verlust von rund 175 Euro im Monat**, eine Schlechterstellung, die sich ein ganzes Arbeitsleben lang nachzieht. Die öffentliche Hand betätigt sich als Lohndrücker.

Diese Kürzungen, Gebührenerhöhungen und Schlechterstellungen, und das waren ja nur einige Beispiele, tragen wesentlich dazu bei, dass es den Überschuss gibt. Und das ist unserer Meinung nach die völlig falsche Politik. Diese Verschlechterungen treffen die arbeitenden Menschen mit voller Härte. Dabei geht es nicht nur um die Gemeinde, auch Bund und Land haben Belastungspakete geschnürt,

Wir brauchen einen Rettungsschirm für Menschen und nicht für Banken



Dieser Kahlschlag wird mit Worten wie „Reform“, „schlanke Verwaltung“ oder „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“ schön geredet. In Wirklichkeit ist es ein Griff in die Geldbörse der arbeitenden Menschen.

In Zeiten, wo uns eingeredet wird, wir müssten alle den Gürtel enger schnallen und wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, werden die Reichen immer reicher, fließen Milliarden in den EURO-Rettungsschirm, wurden binnen kürzester Zeit 1,55 Milliarden Euro für die Hypo-Alpe-Adria und 4,65 Milliarden Euro für die Kommunalkredit bereitgestellt. Vor kurzem wur-

den 700 Millionen Euro in die Hand genommen, um die Volksbanken AG zu retten. Die Finanzministerin erklärte, das sei kein Problem, das Geld sei im Budget vorhanden.

Anstatt wie ein Musterschüler die Politik von Bund und Land mitzumachen, sollten sich die Gemeinden zu Wehr setzen und eine Vermögensbesteuerung und mehr Mittel für die Gemeinde einfordern. Die jetzige Politik ist unsozial, sie trifft die Bevölkerung, nimmt uns wichtige Zukunftschancen und führt zu einer Ausdünnung der Infrastruktur des ländlichen Raums.

Diese Politik spiegelt sich auch im Rechnungsabschluss wieder und es ist völlig klar, dass die KPÖ dem nicht zustimmt. Der Rechnungsabschluss wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. BZÖ-GR Wolfgang Spadiut war entschuldigt.

Aus dem Gemeinderat

Kostenübernahme Ambo

Die Stadtpfarrkirche wurde generalsaniert. Als Unterstützung beschloss der Gemeinderat die Übernahme der Kosten für den Ambo (Lesepult). Die Kosten belaufen sich auf rund 3.945 Euro.

Blasbauerhube

Die Blasbauerhube wurde neu vermietet. Der neue Mieter ist Herr Bernhard Sundl. Die Miete beträgt 1.500 inkl. USt. und Gebäudeversicherung. Herr Sundl hat sich bereit erklärt die Hütte auf eigene Kosten instand zu halten.

Förderungen 2011

Für die Errichtung einer Biomassefeuerungsanlage wurde eine Förderung in der Höhe von 364 Euro beschlossen. Für die Solarförderung wurden jeweils 364 Euro für 15 Förderungswerber beschlossen. Für die Wärmedämmoffensive wurden jeweils 291 Euro an vier Antragsteller vergeben.

LED-Beleuchtung

Die öffentliche Beleuchtung wird auf LED-Lampen umgestellt. Dadurch werden große Energiemengen eingespart. Die Kosten der Umstellung in der Höhe von 1,7 Millionen Euro werden beinahe zur Gänze aus den Energieeinsparungen finanziert.

Wirtschaftsförderung

Die Firma Nero-Events hat das Pauls-Hotel übernommen und um eine Wirtschaftsförderung angesucht. Für 2011 wird der Firma 60% der geleisteten Kommunalsteuer zurückbezahlt. Im nächsten Jahr werden 40% und im übernächsten 20% rückerstattet. Für 2011 werden der Firma rund 3.300 Euro rückvergütet.

Welche Zukunft hat unsere Region?

In schönen Sonntagsreden wird immer von der Stärkung des ländlichen Raums geredet. In der Realität leistet die Politik kräftige Beihilfe, dass immer mehr Menschen für sich in unserer Region keine Zukunft sehen und abwandern. Die Schließung von Postämtern und Gendarmerieposten war ein Auftakt. Das traurige Lied ist offensichtlich noch lange nicht zu Ende. Einige Mosaiksteine im düsteren Bild der Schwächung unserer Stadt und unserer Region:

Bezirkzusammenlegung



Ab 1. Jänner ist Knittelfeld nicht mehr Bezirkshauptstadt. Die Bezirke Judenburg und Knittelfeld wurden zusammengelegt. Nach der Meinung der Bevölkerung wurde nicht gefragt. Es gab keine einzige öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung.

Ab 1. Jänner gibt es um 6,5 Dienstposten weniger. Weitere Kürzungen werden angestrebt. Wahrscheinlich besteht für junge Menschen für Jahre hinaus keine Chance eine Anstellung auf der BH zu erhalten.

Sparkassenschließung



„In jeder Beziehung zählen die Menschen“, lesen wir in Inseraten der Steiermärkischen Sparkasse. Entgegen diesen Werbespruch wurde die Filiale in ↻

↻ der Gaalerstraße ab Februar geschlossen. Die BankkundInnen haben erst wenige Tage zuvor davon erfahren.

Diese Filiale war die einzige Bank in diesem Viertel. Es gab freie und kostenlose Parkplätze und die Bank war für viele fußläufig erreichbar. Die Angestellten wurden übernommen, aber langfristig gehen sicherlich Arbeitsplätze verloren.

Vor allem ältere Menschen sind von dieser unverständlichen Schließung massiv betroffen. Die nächste Filiale der Steiermärkischen befindet sich am Knittelfelder Hauptplatz, zu weit, um diese zu Fuß zu erreichen und außerdem herrscht hier ein ständiger Parkplatzmangel und gebührenpflicht.

KPÖ-Gemeinderätin Sonja Karimi machte diese Verschlechterung im Februar im Gemeinderat zum Thema und forderte die Gemeinde auf, dagegen zu protestieren. Der Bürgermeister antwortete darauf hätte die Gemeinde keinen Einfluss.

Diese und die anderen Filialen der Steiermärkischen Sparkasse waren früher Gemeindeparkassen. Dann wurde privatisiert und das Geld in eine Stiftung eingebracht, auf die die Gemeinde keinen Einfluss hat. Die jetzige Schließung ist eine Folge dieser falschen Politik.

Steweag: Abwanderung



Die Steweag verlagert Teile ihres Services nach Leoben. Betroffen ist derzeit die Stromkundenbetreuung. Ob noch andere Bereiche folgen ist offen, steht aber zu befürchten. Die MitarbeiterInnen müssen nun nach Leoben auspendeln.

Fortsetzung ↻

Fortsetzung ↻

Eine Belastung für die Beschäftigten und ein Schlag für unsere Stadt, denn die Arbeitsplätze sind für Knittelfeld verloren. Es kommt aber noch schlimmer: Nun müssen die Stromkunden, die etwas von der Steweag brauchen, ebenfalls nach Leoben fahren. Besonders ältere Menschen und Menschen ohne Internetzugang sind betroffen. Eine enorme Verschlechterung des Kundenservice, für die KnittelfelderInnen und die BewohnerInnen der umliegenden Gemeinden.

Die Steweag gehört zu 75 Prozent und einer Aktie dem Land Steiermark. Es werden Gewinne eingefahren. Trotzdem werden die Bedingungen für die Beschäftigten und die KundInnen verschlechtert und der ländliche Raum weiter ausgedünnt.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher forderte die Gemeinde solle aktiv werden um die Verschlechterung zu verhindern. Der Bürgermeister sagte, zu Kontakt mit der Steweag aufzunehmen.

Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht

Das sind nur einige Beispiele. Weitere Maßnahmen sind in der Schublade: Das Landespflegeheim soll verkauft werden. Das Knittelfelder Bezirksgericht steht zur Diskussion, Schulen werden geschlossen, Spitalsbetten reduziert, Gemeindezusammenlegungen sind geplant. Und hier geht es nicht um Reformen sondern um Kürzungen.

Der Sog Richtung Graz wird immer stärker. Die regionalen Abgeordneten sagen Ja und Amen zu diesen Entwicklungen. Einige GemeindepolitikerInnen murren zwar, aber offen will niemand Stellung beziehen.

Auf dem SPÖ-Parteitag wurde Franz Voves mit 93 Prozent wiedergewählt. Das bedeutet die SPÖ-FunktionärInnen sind einverstanden mit dieser Politik. Wenn es nicht bald zu einem Umdenken und zu Widerstand kommt, sieht es düster aus für unsere Region.

8. März Internationaler Frauentag: Mund auf, Lohnschere zu!

Die KPÖ verteilt jedes Jahr Nelken zum Internationalen Frauentag um auf die Ungleichbehandlung der Frauen aufmerksam zu machen. Außerdem gibt es jedes Jahr ein Fest zum Internationalen Frauentag, heuer mit den „Cremeschnitten“ Im Bild die KPÖ-GemeinderätInnen Renate Pacher (links), Franz Moharitsch und Elisabeth Lammer.

Am 8. März wird der Internationale Frauentag gefeiert. Ein Tag, der die Frauen an ihre Rechte erinnern soll. Noch immer ist die Gleichstellung von Männern und Frauen nicht verwirklicht. Diese Ungleichheit betrifft viele Bereiche. Frauen erledigen immer noch den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, haben schlechtere Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt. In der Steiermark verdienen vollzeitbeschäftigte Männer im Durchschnitt netto 30% mehr, teilzeitbeschäftigte Männer 24% mehr als Frauen.

Beratung • Planung • Verkauf • Verlegung

FLIESEN
Oberlassnig 

Herbert Oberlassnig GmbH.
gerichtl. beeid. Sachverständiger

Parkstraße 27, 8720 Knittelfeld
Telefon 0 35 12 / 82 300

Ertragreich und sicher.

**Raiffeisenbank
Knittelfeld**



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Kurz, Industriepark 2, 8682 Mürzzuschlag.

Offenlegung: Die Knittelfelder Nachrichten sind ein Informationsblatt der KPÖ-Knittelfeld und dienen der Information der Knittelfelder Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ-Steiermark. Das Blatt tritt für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft und für Frieden und Abrüstung ein.

Vorsicht Besitzstörungsklage



Ein Leser unserer Zeitung hat uns berichtet, dass er vor kurzem eine Besitzstörungsklage in der Höhe von rund 114 Euro erhalten hat. Er hat im Ärztezentrum in der Gaalerstraße geparkt und nach einem Arztbesuch noch zu Fuß das Rezept eingelöst. Bei seinen Nachforschungen wurde ihm berichtet, dass er kein Einzelfall sei.

Das Parken im Ärztezentrum ist nur während der Zeit des Arztbesuches erlaubt. Natürlich ist es wichtig, dass die Parkplätze für die PatientInnen frei gehalten werden. Aber gleich eine Besitzstörungsklage in dieser Höhe ist doch recht drastisch und hat den Beigeschmack von Abzocke.

Sonntags nie!

So lautete einmal ein Filmtitel, und das sollte auch für das Einkaufen gelten. Bekanntlich plant die Arena in Fohnsdorf am 2. September am Sonntag aufzusperren. Das ist familienfeindlich und trifft die Handelsangestellten. Eine Berufsgruppe, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet ist. Schlechte Bezahlung, unbezahlte Überstunden, lange Arbeitszeiten und Arbeit am Samstag gehören leider zum Arbeitsalltag.

Nun soll auch noch am Sonntag offen gehalten werden. Es ist zu befürchten, dass das nur ein Probestein ist. Denn viele Handelsketten streben eine Sonntagsöffnung an. Die KPÖ ist immer gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten aufgetreten, natürlich sind wir auch gegen die Sonntagsöffnung in der Arena.

Gegen diesen Vorstoß haben sich bereits viele Stimmen erhoben. KPÖ-Gemeinderätin Elisabeth Lammer hat in der letzten Gemeinderatssitzung angeregt, auch der Knittelfelder Gemeinderat solle sich gegen diese Pläne aussprechen. Der Bürgermeister erklärte daraufhin, dass die Gemeinde Knittelfeld im Namen des Bürgermeisters die Sonntagsöffnung in der Arena ablehnt.

Es ist gut, wenn es viele Proteste gegen die Sonntagsöffnung gibt. Aber noch besser wäre es, die Gesetze zu ändern, die eine solche Öffnung überhaupt zulassen. Wichtig und ein Zeichen der Solidarität wäre es, wenn niemand an diesem Sonntag in die Arena einkaufen geht.

Aus dem Gemeinderat

Landesaustellungshalle

Der Bürgermeister berichtete, dass es künftig keine Veranstaltungen mehr in der Landesaustellungshalle geben wird. Denn Mitte des Jahres läuft die Betriebsbewilligung aus. Eine Sanierung wurde rund 170.000 Euro kosten und dazu kommen noch Fragen des Denkmalschutzes. Die Murta Classic wird noch durchgeführt. Die Kleintierausstellung wird in auf das Gelände der Kläranlage verlegt.

Rechnungshof

Der Rechnungshof hat die Gemeinde Knittelfeld geprüft. Am Prüfbericht wird gearbeitet. Der Bürgermeister berichtete, dass den MitarbeiterInnen der Gemeinde Kompetenz zugesprochen wurde. Die Prüfung von Gemeinden ist wichtig. Hätte das in den vergangenen Jahren funktioniert, wäre es wohl nicht zu Fällen wie „Zeltweg“ oder Fohnsdorf“ gekommen.

Rassehundeverein

Der Österreichische Rassehundeverein hat schon seit vielen Jahren von der Gemeinde ein Gelände für die Hundeschule gemietet. Im Zuge des Ausbaues der Kläranlage haben sich die Abmessungen verschoben. Ein neuer Vertrag musste geschlossen werden. Die Gemeinde vermietet 6.904 m² zu einer Nettomiete von 300 Euro pro Jahr.

Rohrbruch

Die Regelungen für die Reduzierung der Wasserverbrauchsgebühr nach einem Rohrbrechen wurden geändert. Nun ist eine Reduzierung nur möglich, wenn keine Versicherung den Schaden deckt.

BRILLEN · HÖRGERÄTE · KONTAKTLINSEN



OPTIK PLESSL



www.plessl.at

optik@plessl.at

Frauengasse 6
8720 Knittelfeld
Tel.: 03512/82724

Hauptplatz 5a
8753 Fohnsdorf
Tel.: 03573/5157

Der Widerstand bleibt lebendig



Am 23. März hat die „Plattform 25“, an der auch die KPÖ beteiligt ist, wieder zu einer Demonstration aufgerufen. Auch nach einem Jahr der Zermürbungstaktik und der massiven Propaganda sind tausende Menschen auf die Straße gegangen um zu zeigen, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Im Bild ganz links KPÖ-GR Elisabeth Lammer.

Vor rund einem Jahr haben SPÖ und ÖVP den Steuer-Innen ein Kürzungspaket verordnet. Die Auswirkungen sind nun für Tausende spürbar. Viele Menschen sind vor einem Jahr auf die Straße gegangen. Es waren in der Steiermark die größten Demonstrationen seit Jahrzehnten.

Es wurde erreicht, dass für Menschen mit Behinderung nachgebessert wurde. Aber weitere Kahlschläge wurden beschlossen. Zwei Beispiele: Ein Strukturplan für steirischen Spitäler sorgt dafür, dass Abteilungen, ja ganze Häuser geschlossen werden. 38 Schulen sollen ab dem nächsten Jahr geschlossen werden.

Die rot-schwarze Bundesregierung hat das nächste Kürzungspaket bereits geschnürt. Die Länder sollen 5,2 Milliarden Euro dazu beitragen. Die steirische Regierung hat bereits gerufen: Wir sind bereit! Voves und Schützenhöfer lassen sich dafür noch als „große Reformer“ abfeiern. Das sind keine Reformen, das sind Rückschritte. Wenn wir eine andere Politik wollen, müssen wir auch bereit sein dafür einzutreten.

*Unsere Backwaren...
...immer ein Genuß!*

Bäckerei

P. u. R. Gruber OHG

Orig. Bauernbrot
8720 KNITTELFELD,
Frauengasse 2,
Tel. 03512/86609

Eurofighter: Anflug auf bebaute Ziele?

Der Spielberger Vize-Bürgermeister Bernd Liebinger hat sich vor einigen Monaten im Gemeinderat über Flugübungen der Eurofighter über Stadthof erkundigt. Vor einigen Tagen berichtete Bürgermeister Kurt Binderbauer dem Spielberger Gemeinderat folgendes:

„Mit diesem Sachverhalt wurde der zuständige Presseoffizier des Fliegerhorstes Hinterstoisser, Hauptmann Fries, am 14. März 2012 konfrontiert. Nach Rücksprache mit der zuständigen Flugleitung teilte er mit, daß diese Überflüge kein Versehen sondern Teil einer taktischen Übung seien, in deren Verlauf die Eurofighter-Piloten den Anflug auf bebaute Ziele in niedriger Höhe trainieren. Dabei wird allerdings immer ein Mindestabstand von 150 Metern zum Boden eingehalten. Wie oft solche Überflüge stattfinden, könne nicht exakt angegeben werden, da sie jeweils vom vorgegebenen Übungsprogramm und dessen Verlauf abhängig seien. Pro Jahr müsse man aber mit mindestens zehn solcher Vorgänge rechnen.“

Der Anflug auf bebaute Ziele in geringer Höhe mitten in bewohnten Gebieten ist für uns eine Gefährdung der Bevölkerung. Wir haben protestiert und die Öffentlichkeit informiert. Daraufhin hat das Bundesheer dementiert, dass Flüge in dieser Weise durchgeführt werden. Es stellt sich die Frage, hat der Spielberger Gemeindebedienstete, der beauftragt war Erkundigungen beim Fliegerhort einzuholen den Presseoffizier so gründlich missverstanden, oder hat der Presseoffizier aus der Schule geplaudert?

Tatsache ist: Unser Bundesheer nimmt an den EU-Battle-Groups teil, die für internationale Einsätze bereitstehen. In in der Kaserne Strass werden die Soldaten für diese Einsätze ausgebildet. Innerhalb des Heeres wird vermehrt in Richtung „Crowd-and-Riot-Control“ (Überwachung von Menschenansammlungen und Eindämmung von Krawallen) trainiert. Es stellt sich die Frage für welche Aufgaben und Zielsetzungen übt da unser Bundesheer?

Unsere Neutralität wird stückweise ausgehöhlt. Die politischen Eliten unseres Landes wollen in die EU-Armee. Es ist besser hellhörig zu sein, um zu verhindern, dass unser Land in künftige Konflikte und Kriege miteinbezogen wird.

Sprechstunde

mit Sozialberatung
KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

**Donnerstag,
3. Mai 2012**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr
Anmeldungen unter: 03512/ 82240



Widerruf

Die Kommunistische Partei Österreich hat in den „Knittelfelder Nachrichten“, Nummer 223, Oktober 2011“ die unwahren Behauptungen aufgestellt, die Admiral Light Sportcafe-BetriebsGmbH hat als „Automatenbetreiber“ und/oder als „Glücksspielautomatenbetreiber“ die ihr von der Gemeinde Knittelfeld vorgeschriebene Steuer nicht bezahlt, insbesondere die Admiral Light Sportcafe-Betriebs GmbH weist im Oktober 2011 allein für die Monate Februar/März 2011 Steuerschulden in Höhe von EUR 17.020,-- bei der Gemeinde Knittelfeld auf. Die KPÖ widerruft hiermit diese Behauptungen.

Zu diesem Widerruf:

Wir wollen unseren LeserInnen erklären wie es zu diesem Widerruf gekommen ist:

Die KPÖ kämpft seit Jahren gegen das Automaten-glücksspiel, das so genannte „Kleine Glücksspiel“. Im Oktober 2011 haben wir über die Klagsflut berichtet, mit der viele Glücksspielbetreiber die Gemeinden eindecken. Beeinträchtigt wurde die Anhebung des Steueranteils, den die Gemeinde von den Automatenbetreibern erhält. Dieser Steueranteil wurde von 300 auf 370 Euro pro Monat erhöht. Viele Glücksspielbetreiber haben auf Grund dieser Klage nicht nur die beanspruchten 70 Euro nicht bezahlt, sondern die Zahlungen an die Gemeinde gänzlich eingestellt. Die Automatenbetreiber beantragten nämlich die Aussetzung der Einhebung der Abgabe.

Wir haben über die ausständigen Abgaben von fünf Automatenbetreibern berichtet. Wir wurden daraufhin von der Admiral Light Sportcafe-Betriebs GmbH geklagt. Denn zum Zeitpunkt des Erscheinens unserer Zeitung im Oktober 2011 waren die ausständigen Steuern von Admiral bereits bezahlt. Tatsache ist aber, dass die ersten Zahlungen erst am 8. Juli 2011 erfolgten. **Bis zum 8. Juli gab es im ganzen Jahr 2011 keinen Zahlungseingang von Admiral.**

Admiral hat den Streitwert der Klage mit 19.600 Euro festgesetzt. Bei dieser hohen Summe besteht Anwaltspflicht und die Höhe des Honorars richtet sich nach dem Streitwert. Außerdem sollte der Widerruf in der Kleinen Zeitung (sehr teuer) erfolgen.

Da wir einen Fehler gemacht haben, haben wir einen Vergleich angeboten: Wir übernehmen die Kosten des gegnerischen Anwalts und veröffentlichen den Widerruf in den „Knittelfelder Nachrichten“. Admiral war damit nur einverstanden, wenn wir auf eine Kommentierung des Widerrufs verzichten.

Damit waren wir nicht einverstanden. Es kam zu einer Verhandlung vor Gericht, bei der ein Vergleich abgeschlossen wurde. Deshalb veröffentlichen wir nun diesen Widerruf. Diese Klage ist uns sehr teuer gekommen.

Unsere Rechtsvertretung:	2.107,11 Euro
Gegnerischer Anwalt:	2.477,40 Euro
Summe:	4.584,51 Euro

Für die KPÖ-Knittelfeld ist das sehr viel Geld. Natürlich werden wir unseren Kampf gegen das Automaten-glücksspiel nicht aufgeben. Denn wir erleben in unseren Sozialsprechstunden immer wieder, wie viel Leid die Spielsucht den Betroffenen und ihren Angehörigen bringt.

Seit Jahrzehnten geben wir unsere Gemeindezeitung, die „Knittelfelder Nachrichten“ heraus. Unsere kritische Berichterstattung wird von vielen geschätzt, denn wir berichten darüber, was andere verschweigen.

Wenn Sie uns eine Spende zukommen lassen wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, KoNr.: 26000000617, Bankleitzahl: 20815.

P.S.: Zum Zeitpunkt als dieser Artikel geschrieben wurde, (4.4.2012) hatten von den fünf Automatenbetreibern immer noch drei Abgabenschulden bei der Gemeinde. Admiral Light gehört nicht dazu.

Wenn die SPÖ es ernst meint, muss das Kleine Glücksspiel verboten werden!

Mit Freude haben wir gelesen, dass die steirische SPÖ auf ihrem Parteitag einstimmig einen Antrag auf Abschaffung des „Kleinen Glücksspiels“ beschlossen hat. Eine gute Sache, der aber Taten folgen müssen, um glaubwürdig zu sein. Denn bisher sind unsere Initiativen von ÖVP und SPÖ abgelehnt worden.

Die Steiermark hat alle rechtlichen Möglichkeiten aus dem „Kleinen Glücksspiel“ auszusteigen. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat im Gemeinderat angeregt, der Gemeinderat solle in der nächsten Sitzung eine Resolution in diesem Sinne beschließen. Denn jede Unterstützung ist wichtig. Der Bürgermeister sagte zu, das zu prüfen.

Die KPÖ hat auch im Landtag zwei Anträge eingebracht, die dem zuständigen Ausschüssen am 17. April 2012 zur Abstimmung vorliegen. Die SPÖ-Abgeordneten haben schon bald die Gelegenheit unter Beweis zu stellen, wie ernst sie die Gefahr des Glücksspiels, den Schutz der Bevölkerung und ihre eigenen Beschlüsse nehmen.

KPÖ-Sozialfonds 2011

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt.



DSA Karin Gruber (li.), LABg Claudia Klimt-Weithaler und StR. Renate Pacher (re.) informieren über die Verwendung des KPÖ-Sozialfonds.

Die KPÖ ist der Meinung, PolitikerInnen sollen sich einkommensmäßig nicht von ihren WählerInnen abheben. Wie sollen sie sonst die Lebensbedingungen der Menschen nachvollziehen können?

Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Der Verlust von zwei Landtagsmandaten bedeutet, dass wir nun wesentlich weniger Mittel für den Sozialfonds zur Verfügung haben. Deshalb mussten wir die Höhe der Unterstützungen kürzen.

Vom Landtagsbezug unseres Leobener Abgeordneten Werner Murgg erhalten wir monatlich 382 Euro. In extremen Notfällen können wir Unterstützung von unserer Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler bekommen, die mit ihren Einzahlungen Menschen in Graz und in der Ost- und Weststeiermark unterstützt.

Die Bilanz des Jahres 2011 sieht aus sozialer Sicht sehr traurig aus. Das Belastungspaket von SPÖ und ÖVP zeigte seine Wirkung. Die Kürzung der Wohnbeihilfe, die Verschlechterungen bei der Mindestsicherung oder die Wiedereinführung des Regresses und all die anderen Verschlechterungen taten ihre Wirkung. Dazu kommt noch die Teuerung. Sehr viele Menschen müssen mit ganz wenig Geld auskommen.

Dabei geht es nicht um soziale Randgruppen. Arbeitslosigkeit kann heute jeden treffen, die Höhe des Arbeitslosengeldes ist ein Trauerspiel. Viele MindestpensionistInnen kommen schwer über die Runden. Viele Menschen bekommen so wenig Lohn, dass das Geld trotz Berufstätigkeit nicht zum Leben reicht.

In unserem Land schwindet die soziale Gerechtigkeit. Niemand kann heute sicher sein nicht an den sozialen Rand gedrängt zu werden. Der Mittelstand und die Ärmsten der Armen zahlen für die Wirtschaftskrise. Und gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

Abrechnung KPÖ-Sozialfonds

**Bezirke Murtal und Murau
Jänner bis Dezember 2011**

Einzahlungen:

LABg. Werner Murgg	5.348,00 Euro
LABg. Claudia Klimt-Weithaler	800,00 Euro
Summe	6.248,00 Euro

Ausgaben:

Minus von 2010	90,08 Euro
Für 147 Unterstützungsfälle:	6.148,00 Euro
Summe:	6.238,08 Euro

Saldo: als Plus für 2012 9,92 Euro

KPÖ Sozialfonds Murtal und Murau:

Seit Oktober 2005 gab es 1.108 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 83.013,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2011:
115.905 Euro für 960 Personen.

Seit 1998 wurden 8.722 Personen mit einer Gesamtsumme von 1,229.521 Euro unterstützt. (Das sind mehr als 16,9 Millionen Schilling.)

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.200 Euro im Monat. Der Politbezug unserer KPÖ-Landtagsabgeordneten und der Grazer Stadträtin Elke Kahr ist ihr einziges Einkommen.

Bezüge steirischer Landespolitiker

Monatseinkommen, brutto, 14 mal

Landeshauptmann	16.000,13 Euro
Landeshauptmann-Stellv.	15.158,02 Euro
Landesrat/Landesrätin	14.315,90 Euro
Landtagspräsident/in	11.368,51 Euro
Klubobleute	10.526,40 Euro
Abgeordnete	5.473,73 Euro

BINDER GMBH
WILLKOMMEN BEI UNS!

8720 Knittelfeld, Schulgasse 11,
Tel.: 03512 / 820 25
office@kuechen-binder.at

KÜCHENSTUDIO K RAUMGESTALTUNG R TISCHLERI T ELEKTROGERÄTEMARKT E